

# NIEDERSCHRIFT Rat/011/2011

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 27.01.2011 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp  
Herr Hans-Joachim Dübbel-  
de  
Herr Bernhard Faltmann  
Herr Günther Fehmer  
Herr Florian Heuermann  
Herr Bernhard Kortmann  
Herr Bernd Kösters  
Herr Dr. Wolfgang Meyring  
Frau Brigitte Mollenhauer  
Herr Thomas Schulze Tem-  
ming  
Herr Werner Wiesmann  
Herr Franz Becks  
Frau Sarah Bosse-Berger  
Herr Jürgen Brunn  
Herr Hans-Jürgen Dittrich  
Frau Margarete Köhler  
Herr Hans-Joachim Spengler  
Herr Thomas Tauber  
Herr Ralf Flüchter  
Frau Maggie Rawe  
Herr Ulrich Schlieker  
Herr Dr. Rolf Sommer  
Herr Helmut Knüwer  
Herr Hubert Maas  
Herr Helmut Geuking

Entschuldigt fehlt:

Herr Ludger Kleideiter

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein  
Herr Peter Melzner  
Herr Hubertus Messing  
Herr Gerd Mollenhauer  
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Fehmer beantragt, die öffentliche Sitzung um den Tagesordnungspunkt „Einbringung einer Resolution zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011“ zu erweitern.

Der Erweiterung der Tagesordnung wird einvernehmlich zugestimmt.

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung**

**1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse.

**2. Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 sowie Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2014**

**hier: Einbringung des Etatentwurfes durch die Bürgermeisterin in den Rat**

Frau Dirks macht deutlich, dass die Haushaltslage trotz aller Sparbemühungen und der vorgenommenen Steuererhöhungen aufgrund der wegbrechenden Schlüsselzuweisungen sehr dramatisch sei.

Die Ausführungen der Bürgermeisterin Frau Dirks zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2011 sind dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Der Haushaltsplanentwurf 2011 nebst Anlagen wird zur Vorberatung an den HFA verwiesen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**3. Einbringung einer Resolution zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011**

Frau Dirks führt aus, dass es unterschiedliche Aktivitäten aufgrund der Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes gebe. U. a. seien Gespräche mit Herrn Stinka und Frau Schwall-Düren geführt worden. Dar-

über hinaus hätten Bürgermeister-Kollegen des Kreises Coesfeld ihre Bedenken beim Finanzminister Borjans vorgetragen. Sie überlegten auch, eine Klage einzureichen. Ggf. müsse der Rat entscheiden, ob sich die Stadt Billerbeck an einer Klage beteilige.

Herr Fehmer macht deutlich, dass es nach seiner Meinung heute an der Zeit sei, möglichst mit Unterstützung aller im Rat vertretenen Fraktionen, eine Resolution zu beschließen. Der Landesregierung in Düsseldorf müsse klar gemacht werden, dass der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes so nicht umgesetzt werden könne und ein absolutes K.O. Kriterium für die ländlichen Gemeinden bedeute. Ihm graue vor den Haushaltsplanberatungen, weil man nicht mehr wisse, wo das Geld herkommen solle. Er hoffe auf entsprechende Unterstützung der anderen Fraktionen.

Herr Fehmer überreicht den anderen Fraktionen den Text der Resolution und verliest diese (**Anlage 2**).

Herr Dittrich legt dar, dass die SPD-Fraktion der vorgelegten Resolution nicht zustimmen könne, weil sie

1. zu undifferenziert sei. Es gebe durchaus Städte und Kreise im ländlichen Raum, die profitieren. Borken, Gronau, Reken, Schöppingen, Vreden, Nordkirchen, Altenberge, Emsdetten, Horstmar, Lengerich, Mettingen, Ochtrup, Saerbeck, Ahlen, Beelen, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern sowie die Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf. erhielten alle mehr Geld als früher. Der Kreis Recklinghausen erhalte 14,8 Mio € weniger.
2. Es sei natürlich sehr einfach, eine Landesregierung anzugreifen, die jetzt Maßnahmen umsetze, die die schwarz-gelbe Vorgängerregierung aus rechtlichen Gründen schon 2008 hätte umsetzen müssen.
3. Eine Resolution bringe Billerbeck aus Sicht der SPD-Fraktion kein Stück weiter. Erforderlich seien hier klare Gespräche zwischen den kommunalen Verantwortungsträgern – auch der Parteien – mit den jeweils im Land Verantwortlichen. Dieses sei von Seiten der SPD bereits geschehen und werde aktuell am morgigen Freitag intensiv gemacht werden.

Herr Tauber merkt an, dass er persönlich der Resolution in der vorgelegten Form nicht zustimmen werde. Man hätte sich gemeinsam auf den Weg machen können, aber die von Herrn Fehmer vorgelegte Resolution sei eine parteipolitische Massenproduktion und zudem populistisch. Er glaube nicht, dass dieser „Stolperstein“ weiter helfen werde.

Außerdem führe Herr Fehmer an, dass eine „gerechte Verteilung“ vorgenommen werden müsse. Hier sei die Frage zu stellen, was denn gerecht sei und wer das beurteile. Hinzu komme, dass nicht alle Ruhrgebietsstädte bevorteilt werden. Der Kreis Recklinghausen bekomme weniger Geld. Außerdem seien im GFG die Grundlagendaten angepasst worden, was in der Vergangenheit versäumt wurde, nicht mehr und nicht weniger. Er gehe davon aus, dass die Zahlen insgesamt passen. Insgesamt bekämen die Kommunen 300 Mio € mehr, also könne man nicht von Schlechterstellung sprechen. Aus den genannten Gründen sei die Resolution falsch und auch wirkungslos. Wie Frau Dirks bereits ausgeführt habe, werden

Herr Stinka und Frau Schwall-Düren mit dem Innenminister Herrn Jäger ein Gespräch führen. Außerdem hätten die Bürgermeister bereits erste Schritte im Sinne einer Klage eingeleitet. In der vorgelegten Form werde er der Resolution nicht zustimmen, über andere Formulierungen könne man sich unterhalten.

Herr Schlieker erklärt, dass er sich der Resolution in der vorgelegten Fassung ebenfalls nicht anschließen könne, weil sie zu viele politische Spitzen enthalte. Außerdem gebe es auch Kommunen, die nicht weniger, sondern mehr Schlüsselzuweisungen erhalten. Eine Resolution würde er mittragen, wenn sich diese auf die Billerbecker Sichtweise beschränke. Er glaube nicht, dass die vorgelegte Fassung hier einstimmig verabschiedet werden könne.

Frau Dirks betont, dass eine Resolution nur dann Sinn mache, wenn sie einstimmig verabschiedet werde.

Herr Fehmer äußert zwar Verständnis, dass die Kritik an der rot-grünen Landesregierung von den anderen Parteien hier nicht mitgetragen wird. Er bestehe nicht auf der letzten Formulierung, aber einige Dinge müssten um der Klarheit willen gesagt werden. Wichtig sei ihm, heute möglichst gemeinsam eine Resolution zu verabschieden. Deshalb wolle er eine Resolution auch heute zur Abstimmung stellen.

Herr Knüwer unterstreicht, dass ihm die Resolution gar nicht weit genug gehe. Er sehe noch ganz andere Kritikpunkte als die von SPD und Grüne logischerweise zurückgewiesenen.

Herr Geuking hätte sich gewünscht, dass allen Ratsmitgliedern die von Herrn Fehmer vorgelegte Resolution vorab zugeleitet worden wäre. Außerdem sei es müßig, jetzt Schuldzuweisungen zu treffen. Fakt sei doch, dass die Landesregierung pleite sei. Man müsse sich darauf einstellen, dass die Kommunen allein da stehen werden. Er habe immer betont, dass es an der Zeit sei, neue Finanzierungssäulen zu errichten. Es gehe nicht um Einsparungen, sondern um neue Einnahmequellen. Eine Resolution würde er mittragen, aber nicht in der von Herrn Fehmer vorgelegten Fassung. Eine Resolution sollte gemeinsam erarbeitet werden.

Herr Brunn bezeichnet die Resolution z. T. als polemisch und substanzlos. Er sei aber auch der Meinung, dass gegen den Finanzausgleich vorgegangen werden müsse. Eine Formulierung sollte gemeinsam erarbeitet werden.

Herr Tauber betont, dass er sich einen gemeinsamen Weg gewünscht hätte. Bisher habe man sich hier um die Belange der Stadt Billerbeck gekümmert, diese Ebene habe Herr Fehmer verlassen. Die jetzige Debatte gehöre nicht in den Rat, sondern in den Landtag.

Da sich abzeichne, dass die von Herrn Fehmer vorgelegte Resolution heute nicht gemeinsam verabschiedet werde, so Herr Dittrich, sollte sie zurückgezogen und gemeinsam eine neue erarbeitet werden.

Frau Rawe macht deutlich, dass sie sich auch über die Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes geärgert habe. Sie seien hier als Kommunalpolitiker für Billerbeck verantwortlich. Die Spitzen in der von Herrn Fehmer vorgelegten Resolution hätten aber nichts mit der Politik vor Ort zu tun und gehörten deshalb nicht dort hinein. Sie appelliere an alle, gemeinsam eine Resolution zu verfassen und zu verabschieden.

Herr Fehmer hält es für wichtig, zeitnah ein Zeichen zu setzen. Er beantrage eine Sitzungsunterbrechung, um fraktionsintern zu beraten, ob die vorgelegte Resolution zurückgezogen wird oder nicht.

Herr Schlieker spricht sich gegen eine Sitzungsunterbrechung aus. Es sei doch deutlich geworden, dass die vorliegende Resolution keine Einstimmigkeit erzielen werde und überfraktionell eine gemeinsame Resolution erarbeitet werden soll.

Schließlich wird die Sitzung von 18:55 – 19:00 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Herr Fehmer, dass die CDU-Fraktion inhaltlich zu der vorgelegten Resolution stehe und jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen sei, diese zu verabschieden.

Frau Dirks erklärt, dass sie zwar inhaltlich auch hinter der Resolution stehe, sprachlich aber nicht. Deshalb werde sie sich der Stimme enthalten.

Frau Dirks lässt dann über die von Herrn Fehmer vorgelegte Resolution abstimmen.

Die Resolution wird mit **13 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung beschlossen.**

## **4. Mitteilungen**

### **4.1. "Schule für alle" - Frau Dirks**

Frau Dirks berichtet, dass sie per Telefonanruf aus dem Ministerium darüber in Kenntnis gesetzt worden sei, dass die „Schule für alle“ den Erfordernissen des Modellversuchs entspreche und genehmigt wurde. Die schriftliche Genehmigung stehe noch aus. Am vergangenen Samstag habe bereits ein „Tag der offenen Tür“ stattgefunden, der sehr gut angenommen wurde. Demnächst finde das Anmeldeverfahren statt. Sie sei zuversichtlich, dass die erforderlichen 69 Anmeldungen erreicht werden. Mit der kommissarischen Schulleitung sei Frau van der Wielen beauftragt worden, die Stellvertreterstelle sei ausgeschrieben worden. Ein Informationsabend für die Eltern finde am 2. Februar 2011 statt.

#### **4.2. Resolution für den Erhalt des Perinatalzentrums Level 1 an den Christopherus-Kliniken Coesfeld - Frau Dirks**

Frau Dirks bezieht sich auf die einstimmig beschlossene Resolution zum Erhalt der „Frühchenstation“ in Coesfeld. Aufgrund einer Entscheidung des Potsdamer Verwaltungsgerichtes bleibe das Perinatalzentrum in Coesfeld bestehen.

#### **4.3. Änderung des Sitzungskalenders - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die für den 8. Februar 2011 terminierte Sitzung des Bezirksausschusses mangels Masse ausfalle.

#### **4.4. Kanaluntersuchungen Oberlau III - Herr Hein**

Herr Hein bezieht sich auf eine Anfrage aus der letzten HFA-Sitzung nach dem Grund für eine im Oberlau III tätige Rohrreinigungsfirma und teilt mit, dass es sich um Reinigungs- und Inspektionsarbeiten im Rahmen der Selbstüberwachungsverordnung Kanal für das gesamte städt. Kanalnetz handele. Den Auftrag habe der Betriebsausschuss im März letzten Jahres erteilt.

#### **4.5. Grundwasser auf der Skateranlage - Herr Hein**

Herr Hein führt aus, dass die Skateranlage als Teil des Regenrückhaltesystems immer wieder unter Wasser stehe. Die Skaterbahn liege innerhalb der Grundwasserzone. Da der Grundwasserstand derzeit sehr hoch sei, schafften die Pumpen es nicht, das Wasser komplett abzupumpen. Er gehe aber davon aus, dass der Grundwasserstand bald wieder sinken werde.

#### **4.6. Ausstattung der Berkelaue - Herr Hein**

Herr Hein führt aus, dass im Rahmen der Umsetzung des Projektes „Berkelspaziergang“ zurzeit eine Ausschreibung für die Ausstattung der Berkelaue erfolge. Da in absehbarer Zeit keine Betriebsausschusssitzung stattfinde, solle die Auftragsvergabe in der Ratssitzung am 1. März 2011 erfolgen.

#### **5. Anfragen**

**5.1. Instandsetzung von Wegen im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens Langenhorst-Temming - Frau Rawe**

Frau Rawe weist darauf hin, dass der im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens Langenhorst-Temming hergestellte Weg von der Aabrücke in Richtung Thiemann Schäden aufweise und erkundigt sich, ob Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden können.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

**5.2. Anregung der SG gem. § 24 GO NRW - Herr Geuking**

Auf Nachfrage von Herrn Geuking zum Verbleib der Anregung der SG teilt Frau Dirks mit, dass die Anregung am 21. Januar 2011 bei der Verwaltung eingegangen sei und auf die Tagesordnung der nächsten Ratsitzung gesetzt werde.

**5.3. Beschädigte Leitpfosten zur Einfahrt Oberlau I - Herr Dittrich**

Herr Dittrich erinnert an seinen Hinweis, dass einige Leitpfosten im Bereich der Zufahrt zum Wohngebiet Oberlau I beschädigt seien.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass er den Hinweis weitergeleitet habe, aber noch keine Antwort aus dem Fachbereich vorliege.

**5.4. Bauarbeiten im Draum - Herr Dr. Meyring**

Herr Dr. Meyring möchte wissen, welche Bauarbeiten gerade im Draum stattfinden.

Herr Hein teilt mit, dass die Gelsenwasser die Wasserleitung saniere.

**5.5. Anregung der SG gem. § 24 GO NRW - Herr Geuking**

Herr Geuking erkundigt sich nach dem Sachstand bzgl. der Anregung der SG auf 50% der Gelder und Ausgaben für Parteien und Ratsmitglieder für die Dauer von 2 Jahren zu verzichten.

Frau Dirks kündigt an, dass man sich demnächst mit der Anregung beschäftigen werde.

**6. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck**

Es werden keine Fragen von Bürgern gestellt.

Marion Dirks  
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann  
Schriftführerin